

# VIELE GRÜNDE

DAS LANDTAGSWAHLPROGRAMM



ÖKOLOGISCH-DEMOKRATISCHE PARTEI

## Liebe Bürgerinnen und Bürger in Bayern,



*wer offen und ehrlich sagt, wie es um unser Land und die Welt steht, wer für zentrale Probleme Lösungen vorschlägt, die nicht für alle bequem sind, der hat nach Meinung vieler Politikwissenschaftler keine Chance bei Wahlen.*

*Wir, die Ökologisch-Demokratische Partei, ÖDP, vertrauen darauf, dass es in Bayern Menschen gibt, die eine Partei des offenen Wortes schätzen: Wir sagen seit vielen Jahren, dass die Erwartung und das Versprechen ständigen Wachstums der Mengen (mehr, mehr und nie genug!) nicht einlösbar ist. Wir wollen ein Wachstum der Qualitäten: vernünftiger, verträglicher, gesünder und damit widerstandsfähiger!*

*Das sog. „kleinere Übel“ – ganz gleich, welche politische Farbe es hat – bringt keine Lösung; es bleibt das Übel und es kostet wertvolle Zeit, die für die notwendigen Weichenstellungen immer knapper wird.*

Wir versichern Ihnen: **Ihre Stimme für die ÖDP wirkt auf jeden Fall!**

*Das haben wir durch praktische Erfolge in der bayerischen Landespolitik während vieler Jahre bewiesen: Büchergeld abgeschafft, fünf Standorte für neue Atomkraftwerke in Bayern durch Volksbegehren verhindert, Landtag und Staatsregierung kostensparend verkleinert, konsequenten Nichtraucherschutz eingeführt und den überflüssigen Senat abgeschafft. Außerdem haben wir ein wichtiges Urteil für mehr*

Transparenz in der Kommunalpolitik errungen. Dies alles konnten wir nur erreichen, weil uns viele Menschen bei Wahlen ihre Stimme gegeben und unsere direktdemokratischen Angebote begeistert aufgenommen haben.

Wir achten streng darauf, kein Geld von Lobby-Verbänden und Konzernen anzunehmen. Das ist unser Unabhängigkeitsvorsprung gegenüber allen anderen Parteien, die durch Firmenspenden und Nebentätigkeiten oftmals einer Lobby und nicht mehr den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet sind.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) hat die ÖDP als die wirksamste Oppositionspartei Bayerns bezeichnet (24.03.2011). Diese Wirkung wollen wir mit Ihrer Hilfe auch im nächsten Bayerischen Landtag entfalten.

### **Dafür bitten wir um Ihre Zustimmung!**

Bei der letzten bayerischen Kommunalwahl konnten wir sensationelle, oft sogar zweistellige Ergebnisse erzielen. Erstmals wurden in direkter Wahl Ökodemokraten zu Bürgermeister gewählt. Das zeigt: Unsere Themen und unsere Kandidatinnen und Kandidaten kommen bei den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns an.

Ich wünsche Ihnen und unserer liebenswerten Heimat Bayern eine gute Wahl 2013 und 2014!

Ihr



Klaus Mrasek, ÖDP-Landesvorsitzender



## **Erfolge der ÖDP in Bayern**

- ✓ 5 Standorte für neue Atomkraftwerke gestrichen
- ✓ Geheimpolitik in kommunalen GmbHs abgeschafft
- ✓ Landtag und Regierung verschlankt
- ✓ Konsequenten Nichtraucherenschutz eingeführt
- ✓ Büchergeld gekippt
- ✓ Gen-Maisfelder verhindert
- ✓ Senat abgeschafft (Ersparnis für Steuerzahler bis heute 70.000.000 €)

## **Weitere Initiativen der ÖDP**

- ✓ Streichung von Politikerpensionen / Verbot von Aufsichtsratsposten für Abgeordnete (vom Innenministerium verhindert)
- ✓ Unterstützung der Volksbegehren „Das bessere Müllkonzept“ und „Einführung des kommunalen Bürgerentscheids“
- ✓ Abschaltung des Atomkraftwerks Isar 1 durch Androhung der Landtagsauflösung über ein Volksbegehren
- ✓ Petition für ein Erziehungsgehalt für alle Eltern in Bayern (von allen Landtagsparteien abgelehnt)
- ✓ Klage gegen Studiengebühren (vom Verfassungsgerichtshof abgelehnt)

The logo of the ÖDP (Ökologische Demokratische Partei) in Bayern, consisting of the lowercase letters 'ödp' in white on an orange square background.

Besser **ÖDP** wählen: **mutig – konsequent – wegweisend!**

## Unsere Spitzenkandidaten für den BEZIRKSTAG



### MITTELFRAANKEN

#### Ingrid Malecha

Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte, selbst. Kosmetikerin, Mönchsroth, 56 Jahre



### OBERBAYERN

#### Johanna Schildbach-Halser

Krankenschwester, Rosenheim, 65 Jahre, Bezirksrätin



### SCHWABEN

#### Alexander Abt

Polizeibeamter, 41 Jahre, Stadtrat



### OBERPFALZ

#### Joachim Graf

Lehrer a. D., Regensburg, 66 Jahre, Stadtrat



### NIEDERBAYERN

#### Peter-Michael Schmalz

Polizeihauptkommissar, Langquaid, 50 Jahre, Kreis- und Gemeinderat



### UNTERFRANKEN

#### Waldemar Bug

Bürgermeister, Burkardroth, 58 Jahre, Kreisrat



### OBERFRANKEN

#### Thomas Büchner

Handelsfachwirt, Neustadt, 51 Jahre, Stadtrat

## Unsere Spitzenkandidaten für den LANDTAG



### MITTELFRAANKEN

#### Manuela Forster

Medizinprodukteberaterin, Business Managerin (FH) Nürnberg, 41 Jahre



### OBERBAYERN

#### Sebastian Frankenberger

Fremdenführer, München, 31 Jahre, ÖDP-Bundesvorsitzender



### SCHWABEN

#### Gabriela Schimmer-Göresz

Rechtsanwaltsfachangestellte, Osterberg, 60 Jahre



### OBERPFALZ

#### Klaus Mrasek

Polizeihauptkommissar, Amberg, 49 Jahre, Stadtrat, ÖDP-Landesvorsitzender



### NIEDERBAYERN

#### Bernhard Suttner

Bildungsreferent, Politologe, Windberg, 64 Jahre, Kreis- und Gemeinderat



### UNTERFRANKEN

#### Steffen Scholz

Geschäftsführer, MBA, Betriebswirt (IHK), Klingenberg, 49 Jahre, Kreisrat



### OBERFRANKEN

#### Martin Eichler

Angestellter, Heiligenstadt, 45 Jahre

# **ÖDP** VIELE GRÜNDE, ZU WÄHLEN

DAFÜR STEHT DIE BAYERISCHE ÖDP

Die 10 wichtigsten Gründe,  
warum Sie ÖDP wählen sollten...



## **Grund Nr. 1**

### **Wachstum ohne Ende?**

#### **ÖDP – die wachstumskritische Partei**

*„Die Erde hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.“ (M. Gandhi)*

Wir sind davon überzeugt, dass das Streben nach ständigem materiellen Wachstum ein Irrweg ist. Wohlstand ist etwas anderes als „immer mehr und nie genug“. Ballast abwerfen ist eine Form von größerer Freiheit. Lieber fair und nachhaltig wirtschaften als immer mehr verbrauchen und die Ressourcen plündern! Diese Position muss auch im Bayerischen Landtag endlich eine Stimme bekommen!

## **Grund Nr. 2**

### **Kindheit unter Dauerstress?**

#### **ÖDP – die kinderfreundliche Partei**

Kinder wollen lernen. Sie wollen die Welt immer besser verstehen und wichtige Erfahrungen machen – mit sich selbst, mit ihren Mitmenschen, mit Pflanzen, Tieren und mit allen Elementen.

Familie, Kindergarten und Schulen sind gemeinsam dafür verantwortlich, dieses Ziel zu erreichen. Der Staat hat sie dabei nach Kräften zu unterstützen. Schulische Bildung darf nicht einseitig im Dienst der wirtschaftlichen Verwertung und unter dem Diktat der Beschleunigung stehen. Schule muss ein Ort der Ermutigung sein, an dem jedes Kind seine Möglichkeiten erkennen und ausweiten kann. Wir haben ein anspruchsvolles Ziel: Wie in vielen Ländern und in Reformschulen schon

lange üblich, sollen auch in Bayerns Grundschulen zwei Erwachsene (Lehrkraft + Assistent/-in) eine Schulklasse betreuen – so ist die individuelle Förderung aller Kinder und die Inklusion von Kindern mit Behinderung möglich.

## **Grund Nr. 3**

### **Staat statt Familie?**

#### **ÖDP – die Familienpartei**

**Familie ist für uns kein Auslaufmodell!**

Wir treten dafür ein, die familiäre Betreuung von Kindern, aber auch die familiäre Pflege und Begleitung von behinderten und betagten Menschen durch ein sozialversicherungsspflichtiges Familiengehalt als wertvolle Leistung für die Gesellschaft anzuerkennen. Ohne Familie ist kein Staat zu machen! Und in den ersten Jahren brauchen Kinder vor allem verlässliche Bindungen.

## **Grund Nr. 4**

### **Demokratie ade?**

#### **ÖDP – die Partei der direkten Demokratie und des transparenten Parlamentarismus**

**Volksbegehren und Volksentscheide, auch die direkte Wahl des Ministerpräsidenten durch das Volk, machen die Demokratie lebendig.**

Der Lobbyismus mächtiger Verbände und die großzügigen Parteispenden großer Konzerne entwerten das bürgerliche Engagement und gefährden die Demokratie. Deshalb werden wir die direkte Demokratie ausweiten und fördern. Konzernspenden an Parteien und fragwürdige Honorare aus Konzern- und Verbandskassen an Politiker müssen verboten werden.

## Grund Nr. 5

### Arbeit unbezahlbar?

#### ÖDP – die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft

##### Ökosozial statt marktradikal!

Eine wichtige Daueraufgabe der Politik ist auch in Bayern die Entwicklung sinnvoller Arbeitsmöglichkeiten und die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Wir treten dafür ein, Rente, Gesundheit und Pflege stärker durch Steuern zu finanzieren und gleichzeitig aufkommensneutral Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei den Lohnzusatzkosten zu entlasten. Das ist gerechter und ermöglicht das Entstehen neuer Arbeitsplätze. Der Wirtschaftsfaktor „Arbeit“ wurde durch das heutige System zum Lastesel gemacht, während die Faktoren „Kapital“ und „Energie“ massiv bevorzugt werden.

## Grund Nr. 6

### Natur auf dem Rückzug?

#### ÖDP – die Naturschutzpartei

Wir sind gemeinsam dafür verantwortlich, den Lebensraum „Planet Erde“ umfassend zu erhalten.

Der Flächenverbrauch muss endlich gestoppt werden. Täglich verschwinden alleine in Bayern ca. 20 Hektar Boden unter Beton und Asphalt!

Das Grundwasser ist zu schonen. Begradigte Flüsse müssen renaturiert werden. Biotope sind zu vernetzen. Die Tier- und Pflanzengesellschaften und ihre Lebensräume sind als Schatz zu hüten und zu stärken. Verkehrs- und Siedlungsflächen dürfen nicht uferlos ausgeweitet werden. Die gesamte Landwirtschaft muss durch ein stärker ökologisch ausgerichtetes Fördersystem wieder zum Partner des Arten- und

Biotopschutzes werden. Die Atmosphäre zu schützen und den Klimawandel einzudämmen, ist unsere Pflicht.

## Grund Nr. 7

### Tierschutz verzichtbar?

#### ÖDP – die Tierschutzpartei

Wie eine Gesellschaft mit Tieren umgeht, sagt viel über ihr ethisches Grundgerüst aus.

Wer einmal die Massentierhaltung und das Massenschlachten in seiner industrialisierten Form gesehen hat, wer die Tierversuch-Tatsachen im Forschungsbetrieb kennt, der kann sich mit den gegebenen Zuständen nicht abfinden. Wir treten für eine stetige Verbesserung des Tierschutzes ein und fordern die Einrichtung eines Forschungsinstituts an einer bayerischen Universität zur Entwicklung und Förderung von Alternativen zu Tierversuchen. Tiere haben Rechte und brauchen eine Lobby!

## Grund Nr. 8

### Energie – noch weitere zehn Jahre Atomrisiko?

#### ÖDP – die Partei der Energievernunft

Es ist erfreulich, dass nach harten Auseinandersetzungen jetzt endlich Einigkeit über die Unverantwortbarkeit der Atomkraft und über die Notwendigkeit der erneuerbaren Energien herrscht.

Wir finden uns aber nicht damit ab, dass zwei Atomkraftwerke in Bayern noch jahrelang weiterlaufen sollen, dass schmutziger Strom von Temelin importiert wird und Kohlekraftwerke weiterhin das Klima ruinieren.

Wir brauchen ein massives, auf fünf Jahre konzentriertes Förderprogramm zur Energieeinsparung in allen Bereichen (öffentliche Gebäude, Industrie, Gewerbe, private Haushalte, Verkehr). Einsparung, Effizienz und Einsatz erneuerbarer Energien sind in dieser Kombination unverzichtbar.

## Grund Nr. 9

### Europa nur ein Alptraum?

#### ÖDP – die Partei europäischer Realisten

Eine jahrelange, hemmungslose Schuldenpolitik der Wachstumspolitiker hat nicht nur Europa, sondern das ganze Gemeinwesen in eine gefährliche Lage gebracht.

Trotzdem: Die Europäische Union ist unverzichtbar, weil nur in der Gemeinschaft der Länder den internationalen Konzernen ein ökologisch-sozialer Werteframework vorgegeben werden kann. Die einzelnen Nationalstaaten können nicht das Gemeinwohl gegen mächtige Wirtschaftskräfte verteidigen. Deshalb muss Europa als Staatenverbund erhalten bleiben, demokratisch gestaltet werden und der kulturellen Vielfalt verpflichtet sein.

## Grund Nr. 10

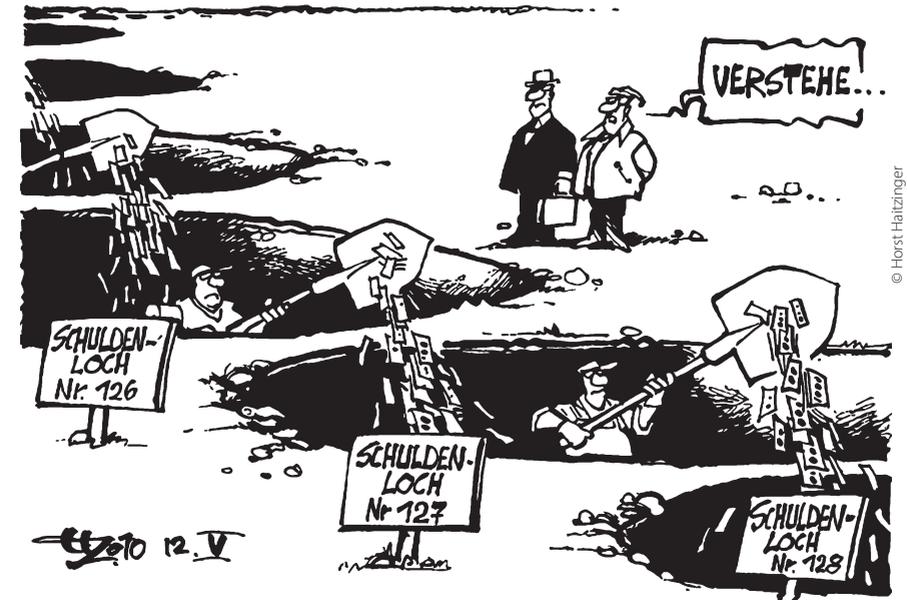
### Schulden unvermeidbar?

#### ÖDP – die Anti-Schuldenpartei

Wir treten dafür ein, auf allen Ebenen systematisch und verpflichtend die öffentlichen Schulden zu reduzieren.

Keine neuen Schulden aufzunehmen, ist kein ausreichendes Ziel! Schulden sind eine unverzeihliche Hypothek für unsere Kinder. Sie vergrößern die Kluft zwischen Arm und Reich und begünstigen häufig ein ökologisch bedenkliches Wachstum.

Deshalb ist der Schuldenstand in jedem Haushaltsjahr um mindestens die Summe zu reduzieren, die 1% der Einnahmen dieses Jahres ausmacht (im Jahr 2012 etwa 430 Mio. Euro).



© Horst Heitzinger

## **Wir achten die Grundwerte auch im Alltag! (11 – 15)**

### **Grund Nr. 11**

#### **Der medizinische Fortschritt darf nur ohne Verbrauch menschlicher Embryonen betrieben werden.**

Wir stehen zum strengen deutschen Embryonenschutzgesetz. Die Würde des Menschen ist von Anfang an unantastbar. Hier gilt es, ein Tabu zu wahren: Von Anfang an darf menschliches Leben nicht zum Material für die Forschung entwertet werden.

### **Grund Nr. 12**

#### **Ermutigung und Unterstützung für alle schwangeren Frauen – für den Schutz des ungeborenen Lebens!**

Ob ein Kind geboren wird, hängt nicht alleine von der Mutter ab. Wir werden alles tun, damit Schwangerschaftskonflikte besser gelöst werden und der Mut zum Kind gestärkt wird – auch der Mut, ein Kind mit Behinderung anzunehmen. Kinderfeindliche Strukturen sind überall abzubauen, die Beratung und Begleitung der Eltern ist zu verbessern und materielle Sicherheit ist zu gewährleisten.

### **Grund Nr. 13**

#### **Keine Patente auf Leben!**

Wir lehnen es ab, dass Patente und damit Vermarktungsmöglichkeiten für Leben in all seinen Erscheinungsformen erteilt werden.

### **Grund Nr. 14**

#### **Der Sonntag bleibt tabu!**

Wir treten dafür ein, auf alle Fälle den Sonntag als allgemeinen Ruhetag verkaufsfrei zu halten und entsprechend gesetzlich zu schützen. Die Menschen, die Familien, die Gesellschaft insgesamt brauchen diesen besonderen Tag, auch aus religiösen und traditionellen Gründen.

### **Grund Nr. 15**

#### **Zuwanderung gestalten – Integration fordern und fördern!**

Mit großer Sorge sieht die ÖDP die Zunahme von Ausländerfeindlichkeit und rechtem Gedankengut in Teilen der Gesellschaft. Mit voller Kraft muss der Staat diese heraufziehende Gefahr bekämpfen.

Die ÖDP steht für die Integration derer, die bei uns eine neue Heimat gesucht und gefunden haben. Eine menschenwürdige Behandlung muss selbstverständlich werden, damit sich diese Menschen in unserer Gesellschaft wohlfühlen und integrieren können.

Integration kann nur gelingen, wenn Deutsche und Zuwanderer das Grundgesetz mit seinen unveräußerlichen Grundrechten anerkennen. Dazu gehören insbesondere die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, des Pluralismus, der Trennung von Staat und

Religion, der Meinungsfreiheit und der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ebenso sind alltagstaugliche Kenntnisse der deutschen Sprache für eine gelungene Integration unabdingbar.

Gerade weil wir in Deutschland nicht die Probleme der ganzen Welt lösen können, wollen wir eine Politik voranbringen, die über die Grenzen schaut und Verantwortung für das Entstehen gerechter Strukturen in einer globalisierten Welt übernimmt.

## **Wir haben uns entschieden: größtmögliche Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie 100% erneuerbare Energien, weil nur so Versorgungssicherheit und Klimaschutz möglich sind! (16 – 20)**

### **Grund Nr. 16**

**Nur mit 100% erneuerbarer und möglichst regional erzeugter Energie kann auf Dauer Versorgungssicherheit erreicht werden.**

Unabhängig vom Klimaproblem und der noch viele Jahre andauernden Atomgefahr müssen wir so schnell wie möglich auf effiziente, erneuerbare Energiequellen umschalten. Erdöl, Erdgas, Uran und Kohle werden knapp und teuer bzw. gehen zu Ende. Der Energiepreis könnte explodieren und somit eine Weltwirtschaftskrise oder gar eine Energiekriege auslösen. Erneuerbare, regional erzeugte Energien, z.B.

aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme mit kurzen Transportwegen sichern langfristig und nachhaltig die Energieversorgung und sind deshalb vorrangig zu fördern. Wir setzen uns für eine Regionalisierung der Energieversorgung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein.



## Grund Nr. 17

### **Der Freistaat Bayern muss in den kommenden zehn Jahren den Schwerpunkt seiner Investitionstätigkeit auf die energetische Sanierung aller öffentlicher Gebäude legen.**

Alle öffentlichen Gebäude benötigen optimale Wärmedämmung, effiziente Heizungs- und Belüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung und Elektro- bzw. EDV-Anlagen der höchsten Effizienzklasse. Die Nutzung erneuerbarer Energien ist bei Neubauten und bei der Renovierung von Altbauten gesetzlich vorzuschreiben, in der Bauleitplanung vorzusehen und finanziell zu fördern.

## Grund Nr. 18

### **Kein Fracking in Bayern!**

Methoden wie Fracking werden von uns entschieden abgelehnt, ebenso wie Bohrungen in sensiblen Gebieten (u. a. Natur- oder Trinkwasserschutzgebiete oder Mineralwasservorkommen) und in Gebieten mit geringerer geologischer Stabilität (u. a. bei Erdbebengefährdung). Hier sind vorrangig der Bund und Bayern im Bundesrat gefordert: Das Bergrecht ist entsprechend umfassend zu novellieren und dem heutigen Stand des Umwelt- und Naturschutzrechtes sowie den Rechten der Öffentlichkeitsbeteiligung anzupassen.

## Grund Nr. 19

### **Bayern muss sein Windkraftpotenzial nutzen.**

Die Windkraft wurde in Bayern vernachlässigt. Wir wollen geeignete Vorrangstandorte übergeordnet in Regionalplänen und kommunal in Teilflächennutzungs-

plänen ausweisen. Durch Vorranggebiete werden die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes gewährleistet. Kommunen und Bürger sollen nach Möglichkeit an der Errichtung von Windkraftanlagen in Genossenschaftsmodellen beteiligt werden. Dies erhöht die Akzeptanz der Technologie und der Mehrwert bleibt im regionalen Wirtschaftskreislauf erhalten.

## Grund Nr. 20

### **Alle staatlichen Einrichtungen sollen ab sofort ausschließlich Strom aus regenerativen Quellen beziehen.**

Es sind die regenerativen Energiequellen nicht nur zu fördern, sondern deren Angebot ist auch zu nutzen. Der Staat hat auch hier eine Vorbildfunktion.

## **Wir finden uns mit der Atomgefahr nicht ab! (21 – 24)**

## Grund Nr. 21

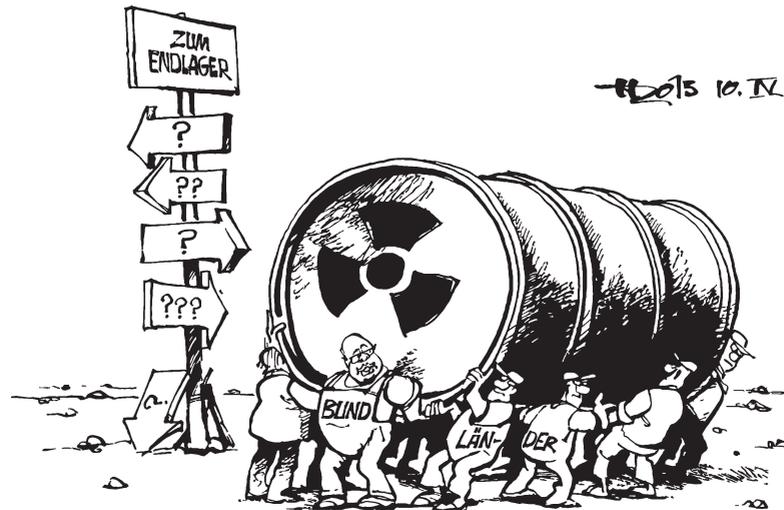
### **Bayern muss das Atomrisiko sofort beenden!**

Der Betrieb von Atomkraftwerken und die Lagerung des Atommülls in unsicheren Hallen unmittelbar neben den Reaktorgebäuden stellen ein nicht zu verantwortendes Risiko dar.

Die andauernde Atomgefahr darf nicht bis 2021 fortgesetzt werden, sondern ist schnellstens zu beenden. Denn nach einem jederzeit möglichen großen Unfall im

AKW Isar 2, in den beiden Blöcken in Gundremmingen oder in Grafenrheinfeld wäre ganz Bayern unbewohnbar.

Wir sind überzeugt, dass es kein Endlager geben kann, das dem Anspruch auf maximale Sicherheit für einen langen Zeitraum von mehreren hunderttausend Jahren gerecht werden kann. Stattdessen fordern wir, die jetzigen unsicheren Zwischenlager durch sabotagesichere Hochsicherheitszwischenlager (siehe ÖDP-Konzept zu Hochsicherheitszwischenlager) zu ersetzen. Betreiber dieser atomaren Lagerstätten muss der Staat bzw. eine Staatengemeinschaft sein, da kein Energieversorger diese langen Zeiträume überdauert. Die Atomkraftwerksbetreiber sind mit realistischen Abgaben an den Kosten zu beteiligen.



© Horst Hätzinger

## Grund Nr. 22

### Volle Betreiber-Haftpflicht für Atomkraftwerke und Abbau aller Steuerprivilegien und Subventionen für die Atomkonzerne!

Die Subventionierung der Atomwirtschaft, festgelegt im überholten EURATOM-Vertrag, ist durch Vertragsänderung schnellstens zu beenden.

Die Haftpflichtübernahme darf nicht dem Steuerzahler, sondern muss den Atomkraftwerksbetreibern auferlegt werden.

## Grund Nr. 23

### Schließung der Atomkraftwerke in Temelin und den benachbarten Ländern!

Ganz Bayern liegt im Bereich der Todeszone, falls im tschechischen Atomkraftwerk Temelin ein großer Unfall eintreten sollte. Es müssen europäische Ausstiegs-szenarien für Temelin und alle anderen europäischen Atomkraftwerke entworfen und Ersatztechnologien angeboten werden.

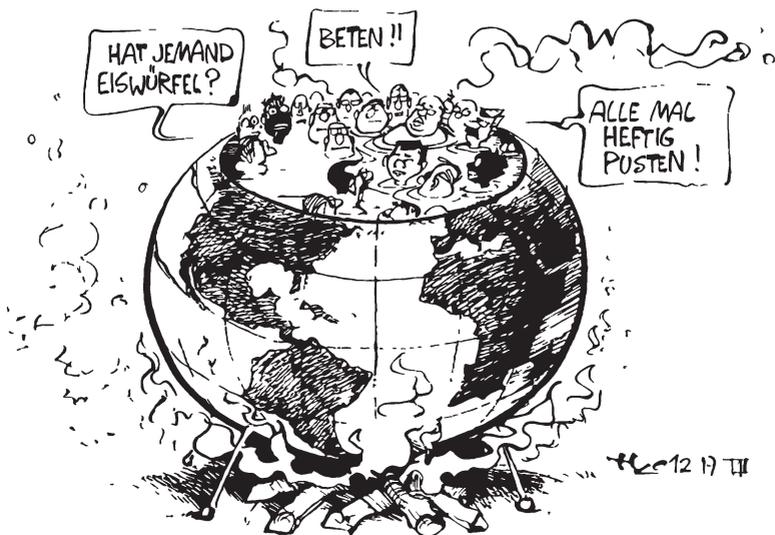
## Grund Nr. 24

### Solange Atomkraftwerke in Betrieb sind, aber auch solange dort Atom Müll lagert, brauchen wir weite Flugverbotszonen rund um Atomanlagen.

Bei Unfällen und Angriffen aus der Luft auf Atomkraftanlagen und Zwischenlager muss mit dem Allerschlimmsten gerechnet werden. Hier nützt keine Vernebelung, sondern nur die Einrichtung und Überwachung von Flugverbotszonen. Diese Maßnahme kann die Risiken zwar nicht ausschließen, aber wenigstens reduzieren.

## Mobil sein – mit Verantwortung! (25 – 31)

Die Verkehrsprognose 2025 der Staatsregierung darf nicht Wirklichkeit werden. Aufgabe der Politik ist es nicht, immer mehr Verkehr zu ermöglichen, sondern Szenarien zu schaffen, in denen immer weniger Verkehr nötig ist. Die von der Staatsregierung prognostizierten Wachstumsraten (100 % mehr Flug- und 50 % mehr Lkw-Verkehr) gefährden massiv die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung. Zudem wird Ressourcenverknappung begünstigt.



© Horst Hätzinger

## Grund Nr. 25

### Tempolimit für Sicherheit und Energieeinsparung!

Wir fordern ein Tempolimit auf Autobahnen (130 km/h) sowie ein generelles Tempolimit von 30 km/h in Wohngebieten. Dies führt zu einem besseren Verkehrsfluss, Energieeinsparung, einem geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß, niedrigeren Unfallzahlen und zu entspannterem Fahren.

## Grund Nr. 26

### Ausbau und Qualitätsverbesserung beim öffentlichen Personennahverkehr in ganz Bayern!

Schiene- und Busverbindungen in den Regionen Bayerns sind zu modernisieren und auszubauen, damit ein breites Angebot die Verkehrsbelastung reduzieren kann. Die kostenlose Fahrradbeförderung ist zu ermöglichen.

Die Wiederinbetriebnahme von stillgelegten Strecken soll vom Freistaat Bayern, wo es gesamtgesellschaftlich sinnvoll und ökologisch vertretbar ist, gefördert werden.

## Grund Nr. 27

### Kein Ausbau von Flughäfen! Gerechte Besteuerung des Flugverkehrs!

Das Flugzeug ist mit das umweltschädlichste Verkehrsmittel. Das Luftverkehrswachstum hat massive Folgen für die gesetzten Klimaschutzziele. Die Pläne für eine dritte Startbahn am Münchner Flughafen – trotz gegenteiligem Bürgerentscheid – sind unverantwortlich. Gleiches gilt für den weiteren Ausbau und die Subventionierung von Regionalflughäfen. Derlei Maßnahmen schädigen nicht nur das Klima,

sondern gefährden unser aller Gesundheit. Bayern muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Subventionierung des Flugverkehrs abgebaut und Chancengleichheit zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern geschaffen wird (Kerosinsteuer, Mehrwertsteuer auf alle Tickets etc.). Kurzstreckenflüge sind durch entsprechende Bahnangebote zu ersetzen.

## **Grund Nr. 28**

### **Schiennetz in öffentlicher Hand!**

Ein leistungsfähiges Schiennetz ist für ein zukunftssicheres Verkehrssystem unverzichtbar. Deshalb treten wir dafür ein, das Schiennetz wie das Straßennetz als Gut der gesamten Bürgerschaft in öffentlichem Eigentum zu belassen.

## **Grund Nr. 29**

### **Für den landkreisübergreifenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Regionen sollen künftig die Bezirke zuständig sein.**

Zurzeit sind die Landkreise für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zuständig. Wir wollen diese Zuständigkeit auf die Bezirke verlagern, weil dann die Wahrscheinlichkeit steigt, dass Buslinien landkreisübergreifend und bedarfsgerecht in Abstimmung mit dem regionalen Schienenverkehr eingerichtet werden können.

## **Grund Nr. 30**

### **Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden!**

Die Energieeinsparung und der Klimaschutz werden durch das Fahrrad als beliebtes Verkehrsmittel wesentlich verbessert. Die Infrastruktur ist in vielen Städten,

nicht zuletzt auch im Interesse der Verkehrssicherheit, zu verbessern. Fahrradkonzepte sind zu erstellen und zu fördern.

## **Grund Nr. 31**

### **Vorrang der Schiene vor der Straße!**

Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass Güter- und Personenverkehr in möglichst großem Umfang von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Das Schiennetz ist vorrangig vor neuen Straßen und Autobahnen ökologisch verträglich auszubauen. Da dies eine Bundesangelegenheit ist, ist der Freistaat Bayern aufgefordert, im Rahmen des Bundesrates und anderer maßgebender Gremien auf die Bundesrepublik einzuwirken.

## **Wir gestalten Wirtschaft und Arbeitswelt – ökosozial statt marktradikal! (32 – 42)**

### **Grund Nr. 32**

#### **ÖDP – die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft Ökosozial statt marktradikal!**

Unser Leitbild ist eine Marktwirtschaft, die Werte respektiert und fairem Handel Vorrang vor Gewinnmaximierung einräumt. Die Wirtschaft ist nicht nur kommerziellem Erfolg, sondern auch den Geboten der Nachhaltigkeit und der Gemeinwohlorientierung verpflichtet, so wie es die Bayerische Verfassung in Artikel 151 vorsieht:

Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Verbesserung des Lebensstandards aller Bevölkerungsschichten.

Wir sind gegen einseitige Lobbyarbeit der Wirtschaftsverbände und fordern einen Ethikrat für jede Wirtschaftsbranche. Ebenso fordern wir eine Ausdünnung der Mitgliedspflicht und die Verschärfung der Pflichten der Wirtschaftskammern bei der Umsetzung einer Ökosozialen Marktwirtschaft. Die Gesetzeslage in Bayern und auf Bundesebene ist entsprechend zu überarbeiten.

### **Grund Nr. 33**

#### **Kilowattstunden mit Abgaben belasten – menschliche Arbeitsstunden entlasten!**

Wir treten für eine umfassende, schrittweise Steuerreform für Arbeit und Umwelt ein. Die extrem hohen Abgaben und Steuern auf legale Arbeitsstunden sind ökologisch und ökonomisch unsinnig. Arbeit ist zu entlasten und Energie- und Rohstoffverbrauch sind zu belasten. Damit wird legale Arbeit bezahlbar und Schwarzarbeit weniger attraktiv. Vor allem Dienstleistungen (Pflege, Krankenhaus, Kindergarten), aber auch Forschung und Entwicklung erhalten Auftrieb. Gleichzeitig entstehen Anreize zur Energieeinsparung.

### **Grund Nr. 34**

#### **Spürbare Anerkennung für Ausbildungsbetriebe: Die Sozialbeiträge für Lehrlinge werden aus der Steuerkasse bezahlt.**

Ausbildungsbetriebe leisten Wertvolles für die Allgemeinheit. Deshalb wollen wir, dass die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung für die Auszubildenden

entfallen und solidarisch aus der Steuerkasse bezahlt werden. Für Auszubildende dürfen keine Kammergebühren erhoben werden.

### **Grund Nr. 35**

#### **Ja zu Mindestlöhnen – wie in der Bayerischen Verfassung vorgesehen! Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit!**

Laut Bayerischer Verfassung (Art. 169) können für jeden Berufszweig Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen. Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn (Art. 168).

Diesen Verfassungsaussagen fühlen wir uns verpflichtet! Dumpinglöhne führen zu Altersarmut. Ein angemessener Mindestlohn müsste deshalb nach derzeitiger Rentenformel mindestens 11 Euro brutto pro Arbeitsstunde betragen, um nach 45 Vollzeit-Arbeitsjahren einen Rentenanspruch von 850 Euro zu garantieren.

### **Grund Nr. 36**

#### **Die Trinkwasserversorgung darf nicht privatisiert werden!**

Die marktradikalen ökonomischen Ideologen predigen die Privatisierung als Allheilmittel. Wir dagegen treten dafür ein, Bereiche der Grundversorgung in öffentlich-rechtlicher Verantwortung (z. B. bei den Gemeinden) zu behalten: Die Trinkwasserversorgung gehört dazu.

## Grund Nr. 37

### **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken – Klima und Arbeitsplätze schützen!**

Die ÖDP steht dafür, umweltschonende und Landschaft erhaltende Bewirtschaftungsweisen stärker zu honorieren und damit die Motivation der Bürger, in ihrem Lebensumfeld selbst aktiv zu werden, zu fördern. Dabei hilft die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Arbeitsplätze zu bewahren und durch kurze Wege das Klima zu schützen.

## Grund Nr. 38

### **Marktwirtschaft braucht optimalen Verbraucherschutz und klare Kennzeichnung der Produkte.**

Guter Verbraucherschutz und möglichst umfassende Information über Produktqualitäten und Herstellungsprozesse gehören zu den Säulen einer Ökosozialen Marktwirtschaft. Wir treten dafür ein, eine klare Kennzeichnung der Produkte über Herstellung und Herkunft vorzuschreiben und die Verbraucherschutzorganisationen flächendeckend (nicht nur in den Großstädten) zu fördern.

## Grund Nr. 39

### **Für eine bessere finanzielle Ausstattung der Schuldnerberatung!**

Die Verschuldung von Privatleuten nimmt zu. Deshalb fordern wir den Ausbau und eine bessere Ausstattung der Beratungsstellen ein. 1% aller Privatkredite sind von den Kreditinstituten einem landesweiten Fonds zur Finanzierung der Schuldnerberatung zuzuführen.

## Grund Nr. 40

### **Bildungseinrichtungen müssen wieder frei von Konsumwerbung werden!**

Die Wirtschaft dringt in alle Lebensbereiche ein: In der Fachhochschule Würzburg gibt es seit 2006 einen „Aldi-Süd-Hörsaal“! Auch in die Schulen drängen Firmen mit Sponsoring und Werbung. Diese Entwicklung halten wir für falsch. Wirtschaft und öffentliche Daseinsfürsorge sind strikt zu trennen.

## Grund Nr. 41

### **Wir fordern die Schaffung gleichwertiger Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in allen Landesteilen Bayerns.**

Innerhalb Deutschlands und vor allem auch innerhalb Bayerns herrschen und entstehen völlig unterschiedliche Wirtschafts- und Lebensbedingungen. Dies führt zu Wanderbewegungen, zu verlassenem Regionen auf der einen Seite und zu aus dem Ruder laufenden Wirtschaftsregionen auf der anderen Seite.

Einseitige öffentliche Investitionen in die Infrastruktur der „Boom-Regionen“ lehnen wir ab, damit gleiche Lebensbedingungen überall in Bayern herrschen.

## Grund Nr. 42

### **Bayern wird, wie seine Nachbarn in Österreich, Partner des „Global-Marshall-Plans“!**

Was die Landtage von Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg und Burgenland schon beschlossen haben, muss auch Bayern schaffen: Aktiver Einsatz für die Idee des Global-Marshall-Plans! Diese Initiative von Wissenschaftlern und

Vordenkern will eine weltweite ökosoziale Wirtschaftsordnung schaffen und ökologisch-soziale Mindeststandards in Entwicklungs- und Industrieländern durchsetzen. Sie setzt sich für die Verwirklichung der sogenannten UN-Millenniumsziele ein und hat dafür wirksame Finanzierungsinstrumente entwickelt. Die ÖDP ist als einzige deutsche Partei aktive Unterstützerin der GMP-Initiative. Weitere Infos finden Sie unter [www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org).

## **Wir werden im Parlament den Familien ein verlässlicher Partner sein! (43 – 47)**

### **Grund Nr. 43**

#### **Honorierung der Erziehungsleistung!**

Die Notwendigkeit der Bezahlung der Erziehungsarbeit ergibt sich aus unserem Rentenrecht und ist daher eigentlich eine Verpflichtung des Bundes. Bayern trägt aber über den Bundesrat eine Mitverantwortung. Durch das Rentenrecht werden alle heutigen Kinder verpflichtet, später allen heute Erwerbstätigen, auch denen, die selbst keine Kinder hatten, eine Rente zu finanzieren. Eltern erhalten dafür bisher keine angemessene Gegenleistung. Darin liegt die Hauptursache für die zunehmende Verarmung der Familien. Eltern und Kinder haben daher den Anspruch auf Solidarität, der am besten durch ein Erziehungsgehalt erfüllt werden kann.

### **Grund Nr. 44**

#### **Freie Wahl des Lebensstils für Mütter und Väter!**

Bis zur Einführung eines bundesweiten Erziehungsgehalts fordern wir ein bayrisches Landes-Erziehungsgehalt von 1.000 Euro bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres eines Kindes. Dieses ist sozialversicherungspflichtig und ersetzt andere Sozialleistungen. Damit soll allen Eltern die Wahlfreiheit ermöglicht werden: Sie können mit dem Geld entweder eine Kinderkrippe nutzen, eine Betreuungskraft anstellen oder sich selbst ohne finanziellen Nachteil der Kindererziehung widmen.

### **Grund Nr. 45**

#### **Der Freistaat muss ein Beispiel geben und die Arbeitswelt in seinen eigenen Einrichtungen familiengerecht gestalten und Teilzeidlösungen fördern.**

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Mütter oder Väter im öffentlichen Dienst nach der Erziehungszeit ihre Wochenarbeitszeit frei wählen können.

### **Grund Nr. 46**

#### **Für ein familiengerechtes Rentensystem – Grundrente aus Steuern finanzieren – die Erziehungsleistung der Eltern als Rentenbeitrag honorieren!**

Von Bayern sollte der Anstoß kommen, ein wirklich familiengerechtes Rentensystem zu schaffen: Eltern müssen heute für die Kosten der Kinder aufkommen und Beiträge für die Versorgung der Rentnergeneration zahlen. Wir fordern ein familiengerechtes Rentensystem, bei dem eine Grundrente für alle aus Steuern auf jedes

Einkommen, auch auf Kapitalerträge, finanziert wird. Die Erziehungsleistung der Eltern muss als Rentenbeitrag honoriert werden! Der Eintritt in das Rentenalter muss flexibel gestaltbar sein.

**Wir fordern die Anrechnung von Kindererziehungsjahren für Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben.**

## **Grund Nr. 47**

### **Für eine realistische Berechnung der Aufwendungen für Kinder!**

Alle kinderbezogenen Leistungen müssen jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst und dynamisiert werden. Zum Vergleich: Die Bezüge der Landtagsabgeordneten werden mit einer Automatik-Formel jährlich an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepasst!

## **Wir wissen: Schulen und Kindergärten müssen ermutigen und individuell fördern! (48 – 60)**

### **Grund Nr. 48**

#### **Mehr Individuelle Förderung für jedes Kind durch eine zweite pädagogische Kraft in jeder Grundschulklasse!**

Der Streit um das beste Schulsystem wird nie enden. Eines gilt jedoch für alle Schularten und Systeme: Jedes Kind muss ein Anrecht auf bestmögliche Förderung bekommen.

In den Ländern mit guten Schulerfolgen stehen den Lehrern und Schülern mehrere zusätzliche Helfer (Studierende, Förderlehrer, nebenamtliche Helfer, freiwillige Aktiv-Senioren etc.) an der Seite, um leistungsfähigen Schülern zusätzliche Anregungen zu vermitteln oder hilfsbedürftigen Schülern den Stoff nahezubringen.

Unabhängig vom Schulsystem wäre das auch in unseren bayerischen Schulen sinnvoll. Deshalb treten wir für eine zweite pädagogische Kraft in jeder Grundschulklasse ein, als Einstieg in eine verbesserte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

### **Grund Nr. 49**

#### **Aufstiegschancen in allen Schulzweigen – Bildungskarrieren müssen von allen Ausgangspunkten möglich werden!**

Das gegliederte Schulsystem ist nur dann akzeptabel, wenn die größtmögliche Durchlässigkeit garantiert wird. Von jedem Startpunkt – auch von der Haupt-/Mittelschule aus – muss für begabte Kinder zu einem späteren Zeitpunkt noch jede Bildungskarriere möglich sein.

### **Grund Nr. 50**

#### **Keine Klassen mit über 25 Kindern/Jugendlichen! Den Lehrerbedarf realistisch planen!**

Unterschiedliche Vorbildung in den Elternhäusern, immer häufiger auftretende Lernstörungen und soziale Probleme machen andere Unterrichtsmethoden notwendig und verlangen intensivere erzieherische Bemühungen. Das geht nur in kleineren Klassen. Wir fordern Klassenstärken von 20 Kindern bzw. Jugendlichen. Bei mehr als 25 Schülerinnen/Schülern ist die Klasse zwingend zu teilen.

Der Lehrkräftebedarf ist langfristig und so zu planen, dass es in keinem Fall zu Lehrermangel kommen kann.

## **Grund Nr. 51**

### **Kleinere Schulen – Schülerzahl begrenzen!**

In der Anonymität übergroßer Schulen liegt der Keim für wachsende soziale Probleme. Daran leiden alle am Schulleben beteiligten Schüler, Lehrer und Eltern.

Neben der Begrenzung der Klassenstärken fordern wir deshalb eine Begrenzung der Höchstzahl an Schülern einer Schule. Eine allgemeinbildende Schule, unabhängig von der Schulart, sollte nicht mehr als 1.000 Schüler umfassen. Erfolgreiche Erziehung und Bildung bedingen persönliche Beziehungen in überschaubaren Einheiten.

## **Grund Nr. 52**

### **Kurze Beine – kurze Wege – Schulen am Lebensort der Kinder!**

Der Tendenz zu immer weiteren und aufwendigeren Schulwegen immer jüngerer Schüler muss entgegengewirkt werden. Schulen im ländlichen Bereich sind zu erhalten und gegebenenfalls wieder zu öffnen. Dabei können auch jahrgangsgemischte Klassen eine sinnvolle Option sein. Die „Schule im Dorf“ ist die Basis dafür, dass Kinder einen Bezug zu Leben, Religion und Kultur des Heimatortes entwickeln. Zur freien Schulwahl gehört auch, dass allen Schülern Fahrkostenzuschüsse zu gewähren sind, und zwar zumindest in Höhe der Aufwendungen, die entstehen würden, wenn das Kind die nächstgelegene Schule besuchen würde.

## **Grund Nr. 53**

### **Freie Schulwahl!**

Allen Eltern soll eine freie Schulwahl mit dem für ihre Kinder passendsten pädagogischen Konzept ermöglicht werden. Daher sollen neben den öffentlichen Schulen auch die staatlich anerkannten und genehmigten Ersatzschulen die gleiche finanzielle Ausstattung pro Schüler erhalten.

## **Grund Nr. 54**

### **Wir treten für eine längere gemeinsame Schulzeit ein.**

Wir halten die frühe Übertrittsentscheidung nach der vierten Klasse und den dadurch entstehenden übermäßigen Leistungsdruck für falsch. Die angeborene Lust am Lernen wird dadurch oft genug in ihr Gegenteil verkehrt. Die ÖDP fordert daher eine gemeinsame Schulzeit bis zur einschließlich 6. Jahrgangsstufe.

Wir streben eine Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern an, die die Eltern als kompetente Partner anerkennt. Ihre Erziehungskompetenz soll durch Bildungsangebote an Schulen und Kindergärten gefördert werden.

## **Grund Nr. 55**

### **Vorbereitung auf das Leben – Schule für alle Sinne!**

In allen Schularten finden die musischen und lebenskundlichen Fächer zu wenig Raum. Diese fördern aber nicht nur die Lebensfreude der Kinder, sondern nachweislich auch die intellektuelle Leistungsfähigkeit. Auch die Gesundheitsvorsorge und die Kenntnis gesunder Ernährung muss in allen Schulen ein größeres Gewicht

erlangen, ebenso ist ein Unterrichtspflichtfach zur Vermittlung hauswirtschaftlicher Kenntnisse und Alltagskompetenzen einzurichten.

## **Grund Nr. 56**

### **Integration fördern, heißt Sprachbarrieren abbauen: frühe Bildungschancen für zweisprachige Kinder!**

Kinder, die in Bayern mit Deutsch als Fremdsprache aufwachsen, müssen früh sprachlich gefördert werden. In Mutter-Kind-Gruppen und vor allem in den Kindergärten sind solche Kinder durch geschultes Fachpersonal gezielt zu fördern, damit sie beide Sprachen bestmöglich beherrschen.

Unterstützend sind kostenlose Deutschkurse für die Eltern („Mama lernt Deutsch!“) anzubieten.

## **Grund Nr. 57**

### **An jeder Schule soll ein(e) Sozialpädagoge/-pädagogin arbeiten!**

Für jede Schule muss Schulsozialarbeit zur Norm werden. Sie muss als Teil des Schulangebotes vom Staat verantwortet werden und darf nicht den Kommunen angelastet werden.

Die Vielzahl der neuen Erziehungsprobleme, aber auch die ganz normalen Probleme während der Pubertät belasten den täglichen Schulalltag und behindern oft den Lernfortschritt. Deshalb muss an allen Schulen eine Sozialpädagogin/ein Sozialpädagoge eingerichtet werden.

## **Grund Nr. 58**

### **Gebührenpflicht für Bildung an Schule und Hochschule muss tabu sein – Gebühren für Bildung sind familien- und gesellschaftsfeindlich!**

Von einer gut ausgebildeten Jugend haben alle großen Nutzen. Deshalb war es jahrzehntelang selbstverständlich, dass die Ausbildung der Jugend an öffentlichen Schulen und Hochschulen über Steuerzahlungen finanziert wurde. Unser wirkungsvoller Widerstand mit Verfassungsklage und Aufdeckung von Fehlverwendung hat die Staatsregierung zum Rückzug beim Büchergeld an Schulen gezwungen. In einem großen gesellschaftlichen Bündnis haben wir erfolgreich gegen die familien- und gesellschaftsfeindlichen Studiengebühren gekämpft. Wir stehen für die kostenfreie Bildung an Schulen und Universitäten!

Auch die Kosten an den Meisterschulen des Handwerks und für die Altenpflegeausbildung sind von der Allgemeinheit zu tragen.

## **Grund Nr. 59**

### **Auch für Kindergärten sind in allen Regionen „mobile Reserven“ von pädagogischem Fachpersonal einzurichten.**

„Mobile Reserven“ sollen im Schulbereich verhindern, dass bei Krankheit und Fortbildung Unterricht ausfällt. In den Kindergärten ist ebenfalls ein solches System einzurichten. Diese Reserve soll den Jugendämtern zugeordnet werden, damit die Reservekräfte gegebenenfalls auch in der Familien- und Jugendhilfe mitarbeiten können.

## Grund Nr. 60

### Qualitätsorientierte Kinderbildung und -betreuung!

Die staatliche Bezuschussung der Kindertagesstätten muss starke Anreize für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels schaffen. Die Bindungsforschung fordert bei Kindern unter drei Jahren ein Betreuungsverhältnis von 1:3 (eine Fachkraft auf drei Kinder). Außerdem muss eine verlässliche und stabile Betreuungssituation Ziel der Fördersystematik sein. Jedes Kind muss wissen, welche Person in der „Kita“ sich in besonderer Weise seiner annimmt.

## Wir wollen allen Menschen ein Leben in Würde sichern – unabhängig von Alter oder Behinderung! (61 – 68)

### Grund Nr. 61

#### Umbau und Umstrukturierung der Altenheime auf neue Wohnformen!

Nötig ist ein Investitionsprogramm zur Umstrukturierung aller Einrichtungen auf neue Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenhäuser und nachbarschaftliches Wohnen, in denen nachweislich Pflege und menschenwürdiges Leben alter Menschen besser gewährleistet sind. Um dies zu ermöglichen, müssen viele Einrichtungen umgebaut werden: Küchen, Bäder und Treffpunkte müssen dezentralisiert und für neue Wohnformen (z.B. Wohngruppen/Hausgemeinschaften) eingerichtet werden.

## Grund Nr. 62

### Zusammenlegung von Pflege- und Krankenkassen – damit sich gute Pflege auch ökonomisch lohnt!

Wenn eine Einrichtung so gut pflegt, dass der betroffene Mensch in eine niedrigere Pflegestufe kommt und es ihm z.B. wieder möglich ist, das Bett zu verlassen und ohne Hilfe zu essen, zahlt die Pflegeversicherung weniger Geld an die Einrichtung. Umgekehrt führt die Verschlechterung des Zustandes zu höheren Leistungen. Ein solches System negativer Anerkennung ist schlicht Irrsinn.

Bayern sollte sich dafür einsetzen, dass gute Pflege belohnt wird. Sinnvoll wäre es zudem, Kranken- und Pflegekassen zusammenzuführen, damit Pflege und Behandlung koordiniert und Unklarheiten bei der Zuständigkeit vermieden werden.

## Grund Nr. 63

### Die Heimaufsicht muss in die Zuständigkeit der Bezirke kommen.

Die Heimkontrollen müssen kommunal unabhängig durchgeführt werden und mindestens zweimal jährlich stattfinden. Um Heimträger zu entlasten, sind die vielfachen Prüfinstanzen (Medizinischer Dienst, Gewerbeaufsicht, Gesundheitsamt, Brandschutz, Baubehörde) zu bündeln und Heimbegutachtungen gemeinsam durchzuführen. Bei einer Überprüfung muss das Wohlbefinden der Heimbewohner immer oberste Priorität haben und nicht die Korrektheit der formalen Dokumentation der täglichen Arbeit.

## Grund Nr. 64

**Die Ergebnisse der Prüfungen der Pflegeeinrichtungen sind verbraucherfreundlich zu veröffentlichen.**

Wir fordern, dass die Ergebnisse der Prüfungen durch Heimaufsicht und Medizinischen Dienst der Kassen (MdK) in leicht zugänglicher Form veröffentlicht werden. So können gute Heime mit ihrer Leistung werben und weniger gute Einrichtungen bekommen Anreize, Fehler rasch abzustellen.

## Grund Nr. 65

**Familien bei der Pflege unterstützen!**

Angehörige pflegebedürftiger Menschen müssen in die Lage versetzt werden, diese auf Wunsch in der gewohnten häuslichen Umgebung zu pflegen.

## Grund Nr. 66

**Barrierefreier Wohnungsbau muss konsequent umgesetzt werden.**

Laut Bayerischer Bauordnung müssen in Gebäuden mit mehr als zwei Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar und die Räume mit dem Rollstuhl zugänglich sein. Diese im Interesse der alternden Gesellschaft geschaffene Regelung wird aber vielfach wegen der Genehmigungsfreiheit missachtet. Es ist daher erforderlich, die Barrierefreiheit von der Genehmigungsfreistellung auszunehmen.

## Grund Nr. 67

**Der Freistaat muss seine Quote bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung erhöhen.**

Einen sinnvollen Arbeitsplatz zu haben, ist gerade für Menschen mit Behinderung besonders wichtig. Der Staat muss in dieser Frage selbst Vorbild sein.

## Grund Nr. 68

**Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege!**

Die ÖDP tritt für eine bessere Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege ein. Ziel soll sein, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Es müssen neben den bestehenden ambulanten Pflegediensten zusätzliche Hilfsstrukturen (Besuchs-, Hauswirtschafts-, Einkaufs-, Fahr- und kleine Handwerkerdienste) aufgebaut werden, um den Menschen nach einem stationären Krankenhausaufenthalt die Rückkehr und das Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Zur Ergänzung des teilstationären Angebotes sind Tages- und Nachtpflegestationen sowie Kurzzeit- und Übergangspflegeeinrichtungen notwendig.

## **Wir treten für ein gerechtes und leistungsfähiges Gesundheitssystem ein! (69 – 77)**

### **Grund Nr. 69**

#### **Für eine ausgewogene Kombination von Prävention, Schulmedizin und alternativen Heilverfahren!**

Die ÖDP setzt sich für die Anerkennung, Förderung und weitere Erforschung alternativer Heilverfahren ein. Ziel ist stets die Förderung eines komplementären Ansatzes, also der optimalen Ergänzung und Zusammenarbeit von Schulmedizin und alternativen Methoden. Dazu ist es notwendig, die unabhängige Forschung an den Universitäten vor finanziellen Konzerninteressen zu schützen.

Neben einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem sind dafür auch umfassende Maßnahmen zur gesundheitlichen Prävention erforderlich, insbesondere eine engagierte und sachkundige Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten, Gesundheit durch ausgewogene Ernährung, Bewegung, Stressbewältigung und durch Förderung der ganzheitlichen Lebensfreude zu erhalten.

### **Grund Nr. 70**

#### **Wir lehnen ein Gesundheitssystem ab, das den Patienten bevormundet.**

Nur die persönliche Eigenverantwortung der Menschen für ihre Gesundheit sichert auf Dauer die Bezahlbarkeit der Sozialsysteme, Eigenverantwortung erfordert aber auch Wahlmöglichkeiten. Grundpfeiler sind die freie Arzt- und Apothekenwahl unter Anerkennung einer Lotsenfunktion der Hausärzte. Eine gerechte und ausrei-

chende Finanzierung des Gesundheitssystems soll künftig nach dem Modell der Solidarversicherung für alle erfolgen.

### **Grund Nr. 71**

#### **Pflanzliche und homöopathische Arzneimittel in den Leistungskatalog!**

Die ÖDP tritt dafür ein, dass apothekenpflichtige, insbesondere pflanzliche und homöopathische Arzneimittel wieder zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gehören.

### **Grund Nr. 72**

#### **Die „sprechende“ Medizin ist besser zu honorieren!**

Künftig muss Bayern bei allen Änderungen im Gesundheitswesen darauf achten, dass die „sprechende“ Medizin (ganzheitliche Betrachtung des Patienten, ausführliche Beratungsgespräche, etc.) besser honoriert wird – z.B. durch einen festen garantierten Fallwert.

### **Grund Nr. 73**

#### **Für eine flächendeckende Versorgung mit ärztlichen Diensten – pro Hausarzt, kontra Medizin-Konzerne!**

Für eine flächendeckende Versorgung mit Hausärzten spricht viel: Kurze Wege sparen Energie. Alte Menschen können „medizinische Zentren“ oft nur schwer erreichen. Die persönliche, oft langjährige Begleitung der Patienten reduziert Kosten und ermöglicht eine fachliche Koordination der Behandlungsprozesse im differenzierten Gesundheitssystem. Hausarztpraxen sind gerade auf dem Land unerlässlich.

## Grund Nr. 74

### **Wir verteidigen die persönlich-verantwortlich geführte Apotheke gegen anonyme „Apotheken-Supermärkte“ und Internet-Verkäufe!**

Wie die Hausarztpraxis ist die persönlich-verantwortlich geführte Apotheke für die Basisversorgung vor allem auch im ländlichen Raum unverzichtbar. Nur so lässt sich eine sichere, flächendeckende Rund-um-die-Uhr-Versorgung aufrechterhalten. Bayern muss dazu beitragen, die Gesetzgebung in Bund und Europa so zu gestalten, dass beratungsarme „Apothekenketten“ verhindert werden können. Die persönlich-verantwortlich geführte Apotheke gehört zur unabdingbaren Grundstruktur der mittelständischen Wirtschaft mit einem hohen qualifizierten Arbeitsplatzangebot.

## Grund Nr. 75

### **Senkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel!**

Wir befürworten eine Senkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel auf den ermäßigten Steuersatz wie in anderen EU-Ländern. Dies bewirkt einerseits eine Senkung der Krankenkassenausgaben für Arzneimittel, andererseits verbilligt es für die Bevölkerung den Preis jener Arzneimittel, die sie selbst bezahlen müssen (vor allem auch im alternativ-naturmedizinischen Bereich).

## Grund Nr. 76

### **Beibehaltung einer wohnortnahen Versorgung mit Krankenhäusern!**

Um die flächendeckende wohnortnahe Grundversorgung mit Krankenhäusern und Altenheimen sicherzustellen, darf die Finanzierung nicht noch weiter reduziert werden. Durch angemessene Honorierung aller im Gesundheitswesen tätigen Per-

sonen und Institutionen ist die Versorgung in der Fläche sicherzustellen. Renditeorientierte Medizinkonzerne können keine ausreichende Versorgung leisten.

## Grund Nr. 77

### **Konsequenter Nichtrauchererschutz!**

Der von der ÖDP durch Volksentscheid durchgesetzte konsequente Nichtrauchererschutz in Bayern hat zur starken Abnahme von schweren Herzerkrankungen geführt. Wir werden diese sinnvollen Regelungen gegen Aufweichungstendenzen verteidigen.

## **Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk! (78 – 81)**

### Grund Nr. 78

#### **Die ÖDP setzt sich für eine baurechtliche Genehmigungspflicht aller Sendeanlagen der Versorgungsebene ein!**

Die bisherige Freistellung von Sendeanlagen von der Baugenehmigungspflicht (10 m-Freigrenze) ist abzuschaffen.

### Grund Nr. 79

#### **Grenzwerte und Planungskonzepte müssen sich am Gesundheitsschutz orientieren!**

Die von Staat und Industrie propagierte Sorglosigkeit im Umgang mit Mobilfunkstrahlung ist fahrlässig und gefährlich. Wir verlangen die Orientierung aller Planungen und Grenzwerte am vorsorgenden Gesundheitsschutz.

Bayern muss auf eine rasche und wirksame Verschärfung der Grenzwerte für die Übertragung von Funkwellen drängen. Die Planung von Sendernetzen, einschließlich Tetrafunk, muss den Aspekt des vorsorgenden Gesundheitsschutzes zwingend und wirksam berücksichtigen.

## Grund Nr. 80

### Gesundheitsrisiken durch drahtlose Telekommunikationstechnik vermindern!

Drahtlose Computernetzwerke (WLAN), schnurlose Digitaltelefone (DECT) und andere funkbasierte Kommunikationstechnologien (z.B. Bluetooth) erhöhen, ebenso wie Mobilfunksendeanlagen, das Gesundheitsrisiko. In Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und sonstigen öffentlichen Gebäuden ist mit Unterstützung des Freistaates Bayern (gemäß den Empfehlungen des Bundesamtes für Strahlenschutz) auf diese Technologien zu verzichten.

Wir fordern verbindliche Grenzwerte für Telekommunikationstechnik und alle strahlenden und funkenden Geräte im Haushaltsbereich.

## Grund Nr. 81

### Schnelles DSL für Stadt und Land! Glasfaser statt Funk!

Der Freistaat Bayern muss flächendeckend für leistungsfähige kabelgebundene Übertragungswege sorgen.

## Wir achten die Natur und stehen zum Erhalt der natürlichen Artenvielfalt sowie zum Schutz der Lebensräume von Mensch, Tier- und Pflanzenwelt! (82 – 91)



© Horst Hätzinger

## Grund Nr. 82

### **Bestandsschutz für Flora-Fauna-Lebensräume – Sanierung geschädigter Bereiche – Vernetzung der Biotope!**

Der rigorose Flächenverbrauch für Siedlung, Gewerbe und Verkehr zulasten des Lebensraumes aller Geschöpfe und der Pflanzenwelt muss gestoppt werden. Als Verteidiger der Lebensgrundlagen und der natürlichen Schönheiten wollen wir den Bestand schützen, geschädigte Bereiche sanieren und noch vorhandene Biotope miteinander vernetzen.

## Grund Nr. 83

### **Der Staatswald darf nicht der totalen Ökonomisierung ausgeliefert werden!**

Der Staatswald gehört uns allen. Er hat viele Funktionen: Luftreinhaltung, Bindung von CO<sub>2</sub>, Wasserspeicher, Lawinenschutz, Lebensraum für Tiere und Pflanzen, Ort der Erholung. Diese Daseinsvorsorge darf nicht finanziellen Interessen geopfert und der Ideologie „totaler Ökonomisierung“ ausgeliefert werden. Wir brauchen eine ökologisch ausgerichtete Forstreform.

## Grund Nr. 84

### **Die Donau muss auf den letzten unverbauten 70 Flusskilometern in Bayern frei und ohne Stau bleiben!**

Seit Jahrzehnten setzen wir uns zusammen mit Naturschutzverbänden und örtlichen Initiativen für den Erhalt des einzig verbliebenen naturnahen Stromes in unserer Heimat ein. Die Staatsregierung plante jahrzehntelang zusammen mit mäch-

tigen Baufirmen und der Rhein-Main-Donau-AG den Bau weiterer Staustufen und Kanalisierungen. Eine unumkehrbare Zerstörung des Flusssystem als Lebensraum einer ganz spezifischen Flora und Fauna wäre die Folge. Aber auch die Lebensqualität der Menschen am Strom würde erheblich leiden. Wir leisten gegen solche Pläne auch in Zukunft jeden denkbaren legalen Widerstand.

## Grund Nr. 85

### **Moratorium beim Straßenneubau!**

Bestandserhaltung und Entschärfung von Unfallschwerpunkten müssen in den nächsten zehn Jahren Vorrang vor Neu- und Ausbauprojekten haben. Tragödien, wie der verantwortungslose Bau der A 94 durch das Isental, dürfen sich nicht wiederholen.

## Grund Nr. 86

### **Die Mittel für den Vertragsnaturschutz und den Erhalt der Artenvielfalt müssen erhöht und langfristig gesichert werden.**

Nur eine langfristig gesicherte und verbesserte Finanzausstattung der Programme für den Vertragsnaturschutz kann Landwirten, Landschaftspflegeverbänden und Naturschutzämtern eine wirksame Planung für die Zusammenarbeit ermöglichen.

## Grund Nr. 87

### **Die ÖDP spricht sich für ein Verbot von Schneekanonen aus.**

Die umweltzerstörende Wirkung der künstlichen Beschneieung ist nachgewiesen. Es dürfen keine weiteren Anlagen zugelassen werden. Der Tourismus wird sich aktiv

und kreativ auf die nicht mehr vermeidbaren Änderungen beim Wintersport einstellen müssen, um eine weitere Umweltzerstörung zu vermeiden.

## **Grund Nr. 88**

**Wir setzen uns für eine Reform des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts ein, sodass nachhaltiges und naturverträgliches Bauen Standard wird.**

Das Baurecht ist dahingehend zu verändern, dass der weiteren Flächenversiegelung durch die Ausweisung immer neuer Baugebiete endlich Einhalt geboten werden kann. Die willkürliche Zerstörung bestehender Bausubstanz ist zu beenden. Bei Neubau und Renovierung sind zudem die aktuellen Standards der Baubiologie und der Energieeinsparung sowie die Möglichkeiten optimaler Nutzung regenerativer Energien und rationeller Umgang mit Trinkwasser vorzuschreiben.

Flächensparen, Baubiologie, Energieeffizienz und rationeller Umgang mit Trinkwasser sind bei öffentlichen Gebäuden beispielhaft zu berücksichtigen.

## **Grund Nr. 89**

**Den Wildwuchs bei Gewerbegebieten wirksam abstellen!**

Wir treten dafür ein, dass künftig die Gewerbesteuer an die Landkreise gezahlt wird und nicht mehr an die einzelnen Gemeinden. Die heutige Regelung ist ein Hauptgrund für den total überzogenen und landschaftszerstörenden Flächenverbrauch für immer neue Gewerbe- und Industriegebiete. Ein Ausgleich für die Gemeinden hat über die Kreisumlage zu erfolgen.

## **Grund Nr. 90**

**Sparsamer und sinnvoller Umgang mit Trinkwasser!**

Mit dem kostbaren Gut Trinkwasser ist sorgsam umzugehen. Kommunen werden deshalb angehalten, eine nachhaltige Versorgung mit Trinkwasser zu erhalten und für den Bürger ein eigenes häusliches Brauchwasser-System zu fördern sowie die Wasserentsorgung darauf abzustellen. Die Kommune hat die Bauherren entsprechend zu beraten und durch die Preisgestaltung bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung für die finanzielle Attraktivität dieser Maßnahmen zu sorgen.

Aufgrund der Rückhaltevolumen der privaten Speicher wirkt diese Maßnahme zusätzlich als Hochwasserschutz und ist auch deshalb zu fördern.

Den Privatisierungsbestrebungen für die Trinkwasserversorgung ist entschieden entgegenzutreten.

## **Grund Nr. 91**

**Weitere Nationalparks in Bayern!**

In einem fairen Dialog mit den Bürgern der jeweiligen Regionen soll der erzielbare Mehrwert gegenüber dem Ist-Stand sorgsam abgeglichen werden. In einem solchen Prozess müssen die Erfahrungen der bestehenden Nationalparks einbezogen werden. Dies gilt für Nationalparks im Steigerwald und im Ammergebirge, zu denen seit einiger Zeit Überlegungen bestehen.

## **Wir schützen die Landwirtschaft vor der Gentechnik und bieten Bayerns Bauern einen Existenzsicherungsvertrag an – für Gegenwart und Zukunft! (92 – 95)**

### **Grund Nr. 92**

#### **Der Freistaat Bayern muss sich in seiner Verfassung als Standort der gentechnikfreien Landwirtschaft festlegen.**

Die Manipulation von Genen und die Freisetzung von genveränderten Organismen stellt überall ein nicht zu verantwortendes Risiko dar. Die vielfältigen Risiken für Imker, biologisch und konventionell wirtschaftende Landwirte sowie für Wildpflanzen und Wildtiere sind besonders hoch. Der hart erkämpfte Politikwechsel in diesem Bereich muss durch eine klare Verfassungsaussage festgeschrieben werden. EU-Recht darf naturwissenschaftliche Erkenntnisse, Selbstbestimmung und ethische Überzeugungen nicht aushebeln.

### **Grund Nr. 93**

#### **Bayern muss den Liberalisierungstendenzen bei der Gentechnik Widerstand entgegensetzen!**

Regionale gentechnikfreie Landwirtschaft ist durch den Lobbyismus internationaler Konzerne bedroht. Über EU-Regelungen soll der Anbau genmanipulierter Pflanzen ermöglicht werden. Der Freistaat Bayern muss sich dieser Tendenz auf allen

Ebenen widersetzen und vor allem die „Nulltoleranz“ bei gentechnisch verändertem Saatgut verteidigen.

### **Grund Nr. 94**

#### **Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsicherheit durch heimische bäuerliche Landwirtschaft sind vorrangige Ziele!**

Ökologische und soziale Erzeugungsstandards sind von elementarer Bedeutung. Der ungezügelte, subventionierte globale Austausch von Agrarerzeugnissen birgt nicht nur eine finanzielle Bedrohung für unsere Landwirte, sondern auch unkontrollierbare Gefahren für die Gesundheit der Verbraucher. Überschüsse müssen durch flexible Anpassung des Angebotes an die Nachfrage vermieden werden. Fruchtfolge statt Monokultur vermindert das Risiko des Preisverfalls durch Überangebot und minimiert Ernteausfallrisiken. Der konzerngesteuerten Marktpolitik ist EU-weit Einhalt zu gebieten. Grundsätzlich ist die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe durch gerechte Preise zu sichern. Der Einfluss der Abnehmer- und Verarbeitungskonzerne ist zurückzudrängen.

### **Grund Nr. 95**

#### **Ein Existenzsicherungsvertrag für alle Bauern in Bayern muss den Landwirten Sicherheit geben und die Pflege der Kulturlandschaft honorieren.**

Die Direktzahlungen an Landwirte müssen verbindlich an einfache, aber wirksame ökologische und soziale Standards gebunden werden.

Wir fordern eine Markt- und Subventionspolitik, die vorrangig die Arbeit und nicht die Fläche bevorzugt. Dadurch wird die ökologische und bäuerliche Land-

wirtschaft aufgewertet und der Bedrohung ihrer Existenz begegnet. Außerdem sind Agrarumwelt-, Klima-, Kultur- und Naturschutzmaßnahmen der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe zu werten und zu fördern. Exportsubventionen sind ersatzlos zu streichen.

## **Wir stehen zum Tierschutz! (96 – 99)**

### **Artgemäße Tierhaltung im ganzen Land!**

#### **Grund Nr. 96**

##### **Artgemäße Tierhaltung aus Respekt vor Mitgeschöpfen!**

Wir fordern in allen Bereichen der Tierhaltung artgemäße und tiergerechte Haltungsformen. Ungeeignete Haltungsformen, die dazu führen, dass Tiere vermeidbaren Stress, Schmerzen und dadurch bedingt Krankheiten erleiden müssen, sind zu verbieten. Es ist sicherzustellen, dass Lebensmittel, deren Erzeugung gegen geltendes EU-Recht verstößt, nicht in Deutschland verkauft werden dürfen (z.B. Stopfleber, Käfigeier etc.). Wir wenden uns deshalb auch gegen alle Pläne, die Käfighaltung für Hennen durch die Hintertür wieder einzuführen. Betäubungslose Kastration von Ferkeln sowie die betäubungslose Enthornung von Kälbern muss verboten werden. Das Kürzen von Schnäbeln und das Kupieren von Schwänzen ist zu verbieten. Ge-steigerte Aufmerksamkeit ist ebenso der artgemäßen Haltung von Haustieren zu widmen (z.B. Sportpferde, Hunde). Hier ist eine bessere Zusammenarbeit von Tier-ärzten und Behörden gefordert.

#### **Grund Nr. 97**

##### **Wir setzen uns für ein Medizinstudium ohne Tierversuche ein und fordern die Einrichtung eines Lehrstuhls zur Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch.**

An der Universität Marburg kann man Humanmedizin studieren, ohne Tiere töten und verbrauchen zu müssen. Dort ersetzen ausgefeilte Computerprogramme die bislang üblichen Praktika, bei denen die Studenten viele Tiere töten mussten.

Wir fordern die Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für die Erforschung und Entwicklung von Ersatzmethoden zum Tierversuch in der wissenschaftlichen Forschung und im Gesundheits- und Verbraucherschutz. Die bundesweit erste Professur mit dieser Thematik wurde 2006 an der Universität Konstanz eingerichtet. Tierversuche, die nicht der medizinischen Forschung dienen, dürfen nicht aus Steuermitteln gefördert werden.

Die tierversuchsfreie Forschung muss deutlich mehr Fördergelder erhalten und aufgewertet werden.

#### **Grund Nr. 98**

##### **Keine Schlachttiertransporte weiter als 100 km!**

Unnötiges Leid zu vermeiden, muss zu einer Selbstverständlichkeit werden. Deshalb fordern wir, Transporte von Schlachttieren über lange Strecken EU-weit zu verbieten. Keine Subventionen für Tiertransporte! Regionale Schlachthöfe und Metzgereien sind zu erhalten oder neu zu schaffen und gegen Überregulierungstendenzen der EU zu schützen.

## Grund Nr. 99

### **Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände!**

Damit die Belange des Tierschutzes wirksam vertreten und durchgesetzt werden können, fordert die ÖDP ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

## **Wir werden die Vielfalt in Kultur- und Medienlandschaft erhalten und fördern! (100 – 104)**

### Grund Nr. 100

#### **Kultur für den kleinen Geldbeutel!**

Wir wollen, dass Bedürftige besonders günstige Eintrittskarten zu Veranstaltungen, öffentlichen Theatern, Konzertaufführungen und Ausstellungen erhalten. Der Ausschluss armer Menschen und ihrer Kinder von kulturellen Ereignissen stellt eine Schmälerung der Lebensqualität und der Entwicklungschancen dar.

### Grund Nr. 101

#### **Der Erhalt von Denkmälern, ist verstärkt zu finanzieren!**

Ein Volk, das auf Kultur Wert legt, muss seine Wurzeln kennen und erhalten. Das Landesamt für Denkmalpflege ist deshalb mit deutlich erhöhten Finanzmitteln aus-

zustatten, damit es die Besitzer von Denkmälern bei Erhaltungsmaßnahmen nicht nur beraten, sondern auch finanziell unterstützen kann. Insbesondere die Sanierung wenig spektakulärer, aber seit Jahrhunderten ortsbildprägender Gebäude, gerade auch im ländlichen Raum, sollte verstärkt mit direkten finanziellen Zuwendungen gefördert werden, da hier ein Anreiz über die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für die Eigentümer meist wenig attraktiv ist.

Der Erhalt jahrhundertalter Bausubstanz ist praktizierte Nachhaltigkeit!

### Grund Nr. 102

#### **Jugend- und Erwachsenenbildung, aber auch die (ehrenamtliche) Arbeit in Vereinen der Sport- und Traditionspflege sind unverzichtbar für eine lebendige Kultur in Bayern.**

Wir sind ein verlässlicher Partner für die Verbände und Einrichtungen der Jugend- und Erwachsenenbildung in Bayern. Ihnen muss, wie den anerkannten Vereinigungen in Sport, Kultur und Traditionspflege, eine kontinuierliche Entwicklung nach dem Subsidiaritätsprinzip – ohne Gängelung und Mittelkürzungen – ermöglicht werden.

### Grund Nr. 103

#### **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen mit Top-Qualität – aber ohne Werbung und Sponsoring durch Konzerne!**

Wir wollen, dass die öffentlich-rechtlichen Sender eine ausreichende Finanzausstattung über Gebühren erhalten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frei von allen politischen oder industriellen Beeinflussungen, aber auch ohne die Auswüchse des Quotenzwanges ihrer journalistischen und künstlerischen Arbeit nach-

gehen können. Die Sicherung der Kernaufgaben, Information und Unterhaltung, muss ohne Werbung gewährleistet werden.

## Grund Nr. 104

**Die Freiheit der Presse ist zentrale Voraussetzung einer funktionierenden Demokratie. Einflussnahme von Parteien, Firmen und Verbänden auf die Berichterstattung ist zu verbieten.**

## Mehr Sicherheit vor krimineller Bedrohung! (105 – 110)

### Grund Nr. 105

**Korruption wirksam bekämpfen!**

Korruption zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat, gefährdet die ökonomische Fairness und verursacht hohe gesellschaftliche Kosten. Polizei und Staatsanwaltschaft ist in Zusammenarbeit mit anderen Behörden der Einblick in die Finanzaktionen der Tätergruppen und der Zugriff auf illegale Gewinne zu erleichtern.

Zur Bekämpfung gehört eine verfassungskonforme Neufassung der Vermögensstrafe ebenso wie der Ausschluss bestechender Unternehmen von öffentlichen Aufträgen (Korruptionsregister).

## Grund Nr. 106

**„Die Kleinen hängt man, die Großen können sich freikaufen ...“**

**Bundratsinitiative zur Änderung des §153a StPO!**

Der Paragraph 153a StPO ermöglicht die Einstellung eines Verfahrens gegen Geldauflage. Diese Regelung von 1975, zur Entlastung der Justiz bei Massendelikten von geringer Schuld gedacht, wurde 1993 massiv ausgeweitet und dient heute in großem Umfang der Haftverschonung bei Wirtschaftskriminalität oder bei prominenten Angeklagten.

Die ÖDP tritt dafür ein, die Regelung von 1975 auf den ursprünglichen Zweck zurückzuführen, um dem Rechtsstaat und dem Rechtsempfinden der Bürger gerecht zu werden.

## Grund Nr. 107

**Attraktivität des Polizeiberufs verbessern – Kompetenz steigern, externe Spezialisten gewinnen!**

Die Stellenkürzungen bei der Polizei sind zu stoppen. Die Attraktivität des Polizeiberufs ist durch eine „Sonderlaufbahn Polizei“ zu steigern und die Kompetenzen im Bereich der Bekämpfung von Wirtschafts- und Computerkriminalität sind durch die Gewinnung entsprechender Fachkräfte zu verbessern.

## Grund Nr. 108

### **Gewaltverherrlichung und Zynismus in Medien, Netzwerken und bei Computerspielen stoppen – für wirksamen Jugendschutz und umfassende Medienbildung!**

Mit berechtigter Sorge beobachten kritische Wissenschaftler negative Auswirkungen von falschem und vor allem zu viel Medienkonsum bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Reale Leistungsanreize werden durch „Erfolge“ am Bildschirm verdrängt, viele Jugendliche stumpfen gegen schlimmste Gewalt ab.

Die ÖDP tritt für einen wirksamen Jugendschutz ein. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien soll bei der Einstufung von Computer- und Konsolenspielen mehr Kompetenzen erhalten. Rundfunkräte und Landesmedienanstalten müssen Gewalt verharmlosende sowie herabwürdigende, menschenverachtende Sendungen stärker als bisher beanstanden.

Die Hersteller von Computerspielen sind zu verpflichten, auf die Wirkung von Gewalt in ihren Produkten hinzuweisen. Besonders nötig ist aber eine kontinuierliche und praxisnahe Medienpädagogik in Kindergärten und Schulen sowie in der Jugend- und Erwachsenenbildung.

## Grund Nr. 109

### **Jugendstrafverfahren müssen wesentlich beschleunigt werden!**

Neben der Prävention ist beim Umgang mit Jugendkriminalität die rasche Konsequenz nach der Tat von besonderer pädagogischer Bedeutung. Wir werden uns für eine wesentliche Verkürzung des Verfahrensgangs zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Jugendgerichten einsetzen.

## Grund Nr. 110

### **Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger gewährleisten – Kriminalität wirksam verhindern und bekämpfen!**

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört zu den ursprünglichen und zentralen Aufgaben des Staates. Die ÖDP tritt dafür ein, dass Polizei und Staatsanwaltschaft die dafür notwendigen Befugnisse erhalten, insbesondere auch im Bereich neuer Technologien, unter Wahrung der Grundrechte und Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

## **Wir streiten für die saubere Demokratie – ohne Konzernspenden und mit direkter Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger! (111 – 125)**

## Grund Nr. 111

### **Das Volk soll den Ministerpräsidenten direkt wählen! Wir fordern, den Ministerpräsidenten künftig direkt durch das bayerische Volk wählen zu lassen.**

Der Regierungschef würde auf diese Weise unabhängiger von den Parteien. Umgekehrt würde das Parlament angeregt, die Regierung besser zu kontrollieren.

Die klassische Gewaltenteilung erhielte durch die Direktwahl eine neue Chance, die Macht der Parteien würde reduziert.

Weitere Infos unter [www.direktwahl-ministerpräsident.de](http://www.direktwahl-ministerpräsident.de).

## Grund Nr. 112

### Volksbegehren brauchen bürgerfreundliche und realistische Bedingungen.

Damit ein Volksbegehren heute erfolgreich ist, müssen sich innerhalb von 14 Tagen 10% aller (!) Wahlberechtigten mit Personalausweis im Amt eintragen. Diese hohe Hürde ist ungerecht.

Im Landtag kann eine Partei bereits Gesetze einbringen, wenn sie von 5% der Bürger, die tatsächlich zur Wahl gegangen sind, gewählt wurden.

Damit für die direkte Demokratie gleiche Regeln gelten wie für die parlamentarische Demokratie, fordern wir, dass die Quote bei Volksbegehren auf 5% der Wahlberechtigten bei der letzten Landtagswahl gesenkt wird.

Wie bei Wahlen soll über Zeitpunkt und Inhalt von Amts wegen mit Benachrichtigungskarte informiert werden.

## Grund Nr. 113

### Die ÖDP will die direkte Demokratie auch bei Haushaltsangelegenheiten ermöglichen.

Das derzeit bestehende Verbot von Volksbegehren, die auch den Haushalt des Freistaates Bayern betreffen würden, ist aufzuheben.

Untersuchungen haben ergeben, dass Länder und Kantone, die eine Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger auch in Haushaltsangelegenheiten kennen, nicht nur seit Jahren einen ausgeglichenen Haushalt haben, sondern oftmals mit Überschüssen abschließen.

## Grund Nr. 114

### Abgeordnete dürfen keine Geldspenden annehmen!

In den „Verhaltensregeln für die Mitglieder des Bayerischen Landtags“ findet sich unter II.2 eine Regelung, die empören muss: Bayerische Landtagsabgeordnete dürfen Geldgeschenke in beliebiger Höhe, von wem auch immer, annehmen.

Die ÖDP tritt deshalb grundsätzlich für folgendes Ziel ein: Die geltenden Anti-Korruptionsregeln für Amtsträger (Beamte, Richter, andere Angehörige des öffentlichen Dienstes) müssen auf die Mandatsträger ausgeweitet werden! Was für Exekutive und Judikative gilt, muss erst recht auch für die Legislative gelten.



## Grund Nr. 115

### **Veröffentlichung aller „Nebeneinkünfte“ von Landtagsabgeordneten, Staatssekretären und Ministern!**

Der Bürger hat ein Recht, die Unabhängigkeit der Politikerinnen und Politiker zu überprüfen. Der Landtagspräsident muss die Information leicht zugänglich zur Verfügung stellen.

## Grund Nr. 116

### **Der unmittelbare Wechsel von Politikern und Spitzenbeamten aus dem Staatsdienst in die Wirtschaft muss gesetzlich verboten werden.**

Wir haben häufig erlebt, dass Politiker oder Spitzenbeamte aus Ministerien unmittelbar nach ihrem Ausscheiden aus dem Staatsdienst fürstlich dotierte Posten in der Wirtschaft annehmen. Hier wird sichtbar, für welche Lobby sie vorher tätig waren. Das muss verboten werden! Die Übergangszeit muss mindestens drei Jahre betragen.

## Grund Nr. 117

### **Abgeordnete sollen für ihre Rente selber einzahlen und ihren Aufwand mit Belegen nachweisen müssen!**

Es ist nicht gerechtfertigt, dass Landtagsabgeordnete in Bayern zusätzlich zu einer guten Bezahlung eine ebenso kostenlose wie üppige Altersversorgung erhalten. Wir werden dafür streiten, dass Volksvertreter – wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch – aus ihrem Einkommen eigene Beiträge zur Altersversorgung zahlen müssen. Ebenso muss die sogenannte steuerfreie Aufwandspauschale („zweites Ab-

geordnetengehalt“) abgeschafft werden. Der tatsächliche Aufwand kann bis zu einer Höchstgrenze ersetzt werden, wenn dafür Belege eingereicht werden. Die heutige Überversorgung der Volksvertreter macht böses Blut und schädigt das Ansehen eines demokratischen Staates.

## Grund Nr. 118

### **Parteispenden von Konzernen und Verbänden müssen verboten werden!**

Große Konzerne und Verbände überweisen jedes Jahr hohe Beträge als Spenden an CSU, SPD, FDP und an die Grünen. Die genauen Summen sind im Internet unter [www.gekaufte-politik.de](http://www.gekaufte-politik.de) einzusehen. Wir halten dies für Bestechung und haben uns selbst verpflichtet, solche Spenden nicht anzunehmen.

Bayern muss sich für klare Regeln im Parteiengesetz einsetzen. Spenden von juristischen Personen an Parteien und Politiker müssen verboten werden.

## Grund Nr. 119

### **Bayern braucht ein demokratischeres Landtagswahlssystem!**

Das vorbildhafte bayerische Wahlsystem bei Kommunalwahlen sollte auch für die Landtagswahlen eingeführt werden, damit jede Stimme gleich wirksam ist. Wir treten dafür ein, das Wahlrecht so zu ändern, dass

1. die 5 %-Hürde entfällt, sobald ein Ministerpräsident direkt gewählt ist und er die Regierung bildet.
2. über eine Ersatzstimme (Präferenzstimme) das Votum eines Wählers nicht verloren geht, wenn die von ihm zunächst gewählte Partei nicht ins Parlament einzieht.

## Grund Nr. 120

### **Macht braucht Kontrolle – für wirklich unabhängige Richter und Staatsanwälte!**

Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Richtertages, die Justiz wirklich unabhängig zu machen: Heute entscheiden letztlich politisch bestimmte Ministerialverwaltungen über Berufskarrieren von Richtern und Staatsanwälten.

Überfällig ist auch eine Reform des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes nach den Vorschlägen des von der ÖDP und vielen Verbänden unterstützten Volksbegehrens „Macht braucht Kontrolle“. Dass die obersten Richter des Freistaates immer noch mit einfacher Mehrheit vom Landtag gewählt werden, ist mehr als fragwürdig.

## Grund Nr. 121

### **Wir setzen uns dafür ein, dass der Bürger umfassende Rechte auf Information über kommunale Aktivitäten bekommt!**

Durch Gründung von immer mehr GmbHs und anderen privatrechtlichen Konstruktionen versuchen die Kommunen, die Bürger und deren gewählte Vertreter auszugrenzen. Die ÖDP hat bereits erfolgreich gerichtlich für Offenlegung und Durchschaubarkeit kommunaler Entscheidungen gekämpft.

## Grund Nr. 122

### **Gläserne Behörden – Durchblick für die Bürger!**

Seit 1. Januar 2006 gilt das sogenannte Informationsfreiheitsgesetz bereits für Bundesbehörden. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat demnach Zugang zu amtlichen Unterlagen, sofern die Geheimhaltung nicht gesetzlich vorgeschrieben ist. Auch in

vielen Bundesländern gibt es ein allgemeines Akteneinsichtsrecht. Die schwarz-gelbe Mehrheit im Bayerischen Landtag stellte sich bislang quer.

Die ÖDP kämpft auf kommunaler Ebene für Informationsfreiheitsgesetzen und fordert ein entsprechendes Landesgesetz. Nicht mehr die Geheimhaltung amtlicher Informationen soll die Regel sein, sondern ihre allgemeine Zugänglichkeit. Die Behörden sollen begründen, warum sie Unterlagen nicht herausgeben können, nicht der Bürger, warum er sie haben will.

## Grund Nr. 123

### **Die ÖDP setzt sich für eine stärkere Selbstverwaltung der Kommunen ein – gegen „goldene Zügel“ und für freie Entscheidungen der Städte, Gemeinden und Landkreise!**

Wir treten für eine Erhöhung der freien Zuweisungen an Gemeinden, Städte und Landkreise bei gleichzeitigem Abbau der zweckgebundenen Zahlungen ein, damit die Kommunen freier entscheiden können und auch zu einem sparsamen Umgang mit Steuergeldern angehalten werden.

## Grund Nr. 124

### **Wir fordern eine zeitnahe Auszahlung von Zuschüssen ein!**

Es kann nicht sein, dass Kommunen jahrelang auf ihnen zustehende Gelder vom Freistaat warten müssen und wichtige Projekte, z.B. im Umweltschutz oder beim Schul- und Krankenhausbau, nur begonnen werden können, wenn Landkreise und Gemeinden sich zur Zwischenfinanzierung verschulden. Solange das problematische System der zweckgebundenen Zuschüsse noch besteht, muss wenigstens eine rasche Auszahlung erfolgen.

## BEITRITTSANTRAG

**Werden auch Sie Teil unserer Vision!  
Unterstützen Sie uns! Werden Sie aktiv!**

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und bin mindestens 14 Jahre alt. Ich verstehe mich eher als

Aktives Mitglied    Schnuppermitglied    Förderndes Mitglied

Die mit \* gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder.

\_\_\_\_\_  
\*Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
\*Straße / Nr.

\_\_\_\_\_  
\*PLZ / Ort

\_\_\_\_\_  
Kreis

\_\_\_\_\_  
Tel. / Fax

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
\*Geburtstag

\_\_\_\_\_  
Beruf

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

## Grund Nr. 125

### Bezirke als Parlamente in der Region stärken!

Um eine starke regionale Ebene zu schaffen, fordert die ÖDP die Auflösung der regionalen Planungsverbände und die Übertragung der Kompetenzen auf die Bezirke. Eine Übertragung der Aufgaben an den Bezirk würde die demokratische Kontrolle sichern!

*Das Landtagswahlprogramm wurde beschlossen beim Landesparteitag am 2./3. Februar 2013 in Bad Windsheim.*

## ÖDP unterstützen – saubere Politik fördern!

### Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir wollen eine saubere und faire Demokratie! Deshalb nehmen wir keine Spenden von Firmen oder Konzernen an. So erhalten wir uns unsere Unabhängigkeit und verhindern den Einfluss einzelner Großspender auf politische Entscheidungen.

Bitte unterstützen Sie unser Engagement mit einer einmaligen oder mehrmaligen Spende. Für eine lebenswerte und demokratische Zukunft! Selbstverständlich erhalten Sie für Ihre Spende eine Bescheinigung für das Finanzamt.

**ÖDP Bayern | Sparkasse Passau | BLZ 740 500 00 | Kto.-Nr. 55 33 54**

Hinweis: Spenden an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrer Steuererklärung bekommen Sie bis zur Gesamtspende von 1.650 Euro (bei Verheirateten gemeinsam bis 3.300 Euro) 50 % der Spende vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34 g EStG).

**Für Ihre Spende bedanken wir uns ganz herzlich!**

Bitte abtrennen, in ein frankiertes Kuvert stecken und schicken an:

ÖDP Bayern  
Landesgeschäftsstelle  
Postfach 21 65  
94011 Passau



Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 € pro Monat.
- Familienbeitrag von 7,00 € pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert angeben mit Name, E-Mail, Beruf, Geburtstag, Datum und Unterschrift).
- ermäßigten Beitrag von 1 € pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger).
- Ich zahle freiwillig 12 € / Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich möchte als Frau **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Frauen“ sein.
- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:

- jährliche     halbjährliche Abbuchung

---

\*Kontoinhaber/-in

\*Bank

---

\*Konto-Nr.

\*BLZ

*Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).*

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

---

\*Datum

\*Unterschrift



[www.oedp-bayern.de](http://www.oedp-bayern.de)

Ökologisch-Demokratische Partei Bayern | Heuwinkel 6 | 94032 Passau

Telefon (08 51) 93 11 31 | Fax (08 51) 93 11 92 | [bayern@oedp.de](mailto:bayern@oedp.de)

V.i.S.d.P.: Klaus Wrasek | ÖDP Bayern | Heuwinkel 6 | 94032 Passau

**ödp**